

# Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 26

21. März

1916

## Bekanntmachung.

**Betr.:** Die Regelung der Beschaffung, des Absatzes und der Preise von lebendem Vieh.

Die Satzung für die Regelung des Viehanlaufs in der Provinz Oberhessen vom 12. Februar d. J., abgedruckt im Kreisblatt Nr. 13, wird mit sofortiger Wirkung abgeändert, wie folgt:

1. Der § 7 erhält folgenden Zusatz als letzten Absatz:

„Es dürfen nur solche Geschäfte stattfinden, bei denen die Vergütung in einer sofort festzusetzenden Geldsumme unter Ausschluss jeglicher Nebenleistungen besteht. Es sind also insbesondere verboten die Viehverstellungen und der Lausdhandel.“

2. Der § 8 Abs. 1 erhält nachstehenden Wortlaut:

„Über jedes nach § 7 dem Verbande und seinen Mitgliedern vorbehaltene Viehandelsgeschäft ist, und zwar für jedes Tier gesondert, unter Kennzeichnung der gehaltenen Tiere vom Käufer eine vorschriftsmäßige und vollständig ausgefüllte Anzeige nach dem Muster A dem Vorstände des Verbandes einzureichen. Die Angabe des Gewichts in der Anzeige hat in jedem Falle und auf Grund amtlicher Verwiegung des Tieres zu erfolgen.“

3. Die Erklärung im Muster A hat zu lauten:

„Es wird ausdrücklich erklärt, daß das verkaufte Tier amtlich gewogen und der vorstehende Preis der allein gezahlte ist und keine weiteren Nebenabreden getroffen sind.“

Gießen, den 17. März 1916.

Großherzogliche Provinzialdirektion Oberhessen.

Dr. Ufinger.

**Betr.:** Regelung der Beschaffung, des Absatzes und der Preise von lebendem Vieh.

**An das Großh. Polizeiamt Gießen, die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden und die Großh. Gendarmerien des Kreises.**

Wir verweisen auf vorstehende Bekanntmachung Großh. Provinzialdirektion Oberhessen und empfehlen Ihnen wiederholt, auf strengste Durchführung der Vorschriften der Satzung zu achten und jede Inobderhandlung unmissverständlich zur Anzeige zu bringen.

Gießen, den 17. März 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

## Bekanntmachung.

**Betr.:** Regelung der Beschaffung, des Absatzes und der Preise von lebendem Vieh; hier: die Ausweis- und Nebenarten.

Großh. Ministerium des Innern hat durch Verfügung vom 14. d. Mts. zu Nr. M. d. J. III. 4021 angeordnet, daß die von den Vorständen der Viehandelsverbände auszufüllenden Ausweis- und Nebenarten mit den Photographien ihrer Inhaber zu versehen sind. Zu diesem Zwecke haben die Inhaber dieser Karten solche nebst Photographie bis spätestens 15. April l. J. dem Verband persönlich zu überbringen, damit die Identität festgestellt und die Photographie durch Aufdruck des Siegels beglaubigt werden kann.

Wir bringen dies zur Kenntnis der Beteiligten.

Gießen, den 18. März 1916.

Großherzogliche Provinzialdirektion Oberhessen.

Dr. Ufinger.

**Betr.:** Regelung der Beschaffung, des Absatzes und der Preise von lebendem Vieh; hier: die Ausweis- und Nebenarten.

**An Großh. Polizeiamt Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.**

Wir empfehlen Ihnen, vorstehende Bekanntmachung Großh. Provinzialdirektion Oberhessen zur Kenntnis der beteiligten Kreise zu bringen.

Gießen, den 18. März 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

## Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 12 ff. der Bundesratsverordnung über die Versorgungsregelung vom 4. November 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 728) wird hiermit angeordnet:

§ 1. In Gast-, Schank- und Speisewirtschaften sowie in Vereins- und Erfrischungsräumen darf an den nicht fleischlosen Tagen zu einer Mahlzeit jeweils nur ein Fleischgang verabreicht werden.

Als Fleisch im Sinne dieser Vorschrift gelten Rind-, Kalb-, Schaf- und Schweinefleisch sowie Fleisch von Geflügel und Wild aller Art, ferner Fleischwaren (Fleischkonzerben, Würste und Speck).

§ 2. Die Veranstaltung von Wapelsuppen ist verboten.

§ 3. Die Vorschriften dieser Anordnung finden auch auf Verbandsvereinigungen Anwendung.

§ 4. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Anordnungen werden nach § 17 der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 607) mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark geahndet.

§ 5. Die vorstehenden Anordnungen treten sofort in Kraft.

Darmstadt, den 15. März 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.  
v. Homberg.

Stdmer.

**An das Großh. Polizeiamt Gießen, die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden und Großh. Gendarmerie des Kreises.**

Von vorstehender Anordnung wollen Sie sämtliche Wirt, Pensionsinhaber usw. in Kenntnis setzen und den Befolg unausgesetzt überwachen.

Gießen, den 17. März 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

**Betr.:** Die Rechnung der Kreiskasse Gießen für 1912.

## Auszug

aus der von Großh. Oberrechnungskammer revidierten Rechnung der Kreiskasse des Kreises Gießen für 1912.

Einnahme	Bezeichnung der Rubriken	Ausgabe
M.		M.
374 400 —	1. Beiträge der Gemeinden und Markungen	— —
6 743 85	4. Beihilfen an Familien einberufener Mannschaften	6 743 85
28 112 73	5. Beihilfen an Veteranen	28 519 66
12 645 97	6. Allgemeine Verwaltung	34 649 63
184 345 51	7. Kreisstraßen	260 476 33
300 —	8. Unterricht, Wissenschaft und Kunst	2 532 40
4 349 64	9. Gesundheitspflege	9 912 55
12 813 69	10. Landwirtschaft, Gewerbe und Verkehr	25 921 84
43 621 74	11. Unterstützungen	103 148 17
— —	12. Beitrag zur Provinzialkasse	139 767 01
200 —	13. Kapitalzinsen	10 611 01
— —	14. Aufzunehmende und zurückzahlende Kapitalien	6 840 51
440 66	15. Zurückzunehmende und ausgeleiene Kapitalien	50 23
— —	16. Uebringliche Posten und Nachlässe	271 70
271 52	17. Ausstände	— —
15 732 46	18. Kassevorrat	— —

## Abchluss.

Gesamtsumme der Einnahme . . . . . 684 027 77

Ausgabe . . . . . 628 444 89

Verglichen bleibt Rest 55 582 88

und dieser besteht:

a) in barem Vorrat . . . . . 54 797 88 M.,

b) in liquidierten Ausständen 785,—

Summe wie oben 55 582 88 M.

Gießen, am 1. Oktober 1913.

Der Kreiskassendirektor:

gez. Pank.

Revidiert, ohne daß sich für den Abschluß eine Aenderung ergeben hat.

Darmstadt, den 15. Februar 1915.

Großherzogliche Oberrechnungskammer.

gez. J. B.: Dr. Brand.

Wird gemäß Artikel 43 der Kreis- und Provinzialordnung veröffentlicht.

Gießen, am 17. März 1915.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses des Kreises Gießen.  
Dr. Ufinger.

**Betr.:** Die Benutzung der Futter- und Streumittel des Waldes.

**An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.**

Wir verweisen Sie auf die im Abdruck nachstehende Verf. Dr. M. der Finanzen, Abt. f. Forst- und Kameralverwaltung,



an die Gr. Oberförstereien und empfehlen Ihnen, mit Letzteren alsbald in Verbindung zu treten.  
Gießen, den 17. März 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen  
Dr. Ufinger.

#### Abchrift.

Im vorigen Frühjahr wurde infolge des reichlichen Wachstums in den Feldstreu von den Futtermitteln des Walbes nur in geringem Umfang Gebrauch gemacht. Ob in diesem Jahre ein größerer Bedarf eintreten wird, läßt sich noch nicht übersehen; wir wollen jedoch jetzt schon darauf hinweisen, daß die im vorigen Jahre getroffenen Anordnungen wegen Freigabe der Walbweide und Abgabe der Futtermittel des Walbes auch in diesem Jahre während der Kriegsdauer in Wirksamkeit bleiben, und empfehlen Ihnen zugleich, den Bedürfnissen und Wünschen der Bevölkerung in jeder möglichen Weise entgegen zu kommen. Wenn die Abgabe von Bauzweigen von sich ausstreichenden Weichhölzern oder Hainbuchen zum Futter für Riegen und sonstiges Kleinvieh gewünscht werden sollte, dann sind die Orte in den Wäldern zu bezeichnen und anzuweisen, wo solche Zweige ohne Schaden abgeschnitten werden können. Auch die Jürgispielen in den Schälbechlagen Wäldern während der Kindeernte zu Futterzwecken verabsichtigt werden.

Um die Stroh- und Dürrfuttermittel zu fördern, ist der Bevölkerung Gelegenheit zum Bezug von Walbstreu zu geben, sobald dies die Witterung zuläßt. Die Versteigerung der Streu von Regen, Schmeilen und sonstigen Stellen, die sich zur flächenweisen Nutzung eignen, ist daher baldigst vorzunehmen, soweit dies nicht bereits im Herbst geschehen ist. Im Bedarfsfalle ist mit der Ausrüstung und Versteigerung von Walbstreu zu beginnen. Bei offenkundigem Mangel an Arbeitskräften hierzu, kann den Bedürftigen selbst das Ausarbeiten von Streu an bestimmten Stellen gegen Entlohnung der durch unser Ausschreiben vom 30. April v. J. für die Kriegsbauer festgesetzten Löhne gestattet werden.

Für die Gemeindevorstände empfehlen wir im Einvernehmen mit den Bürgermeisterien die entsprechenden Maßnahmen zu veranlassen.

#### Ausführungsbestimmungen

zur Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten, sowie Seifen vom 4. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 148 \*). Vom 8. März 1916.

Auf Grund des § 2 der Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten, sowie Seifen vom 4. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 148) wird bestimmt:

§ 1. Wer aus dem Auslande pflanzliche oder tierische Öle und Fette jeder Art — mit Ausnahme von Butter, Margarine und Schmalz — oder Seifen einführt, ist verpflichtet, den Eingang dieser Stoffe im Inlande dem Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette, G. m. b. H., in Berlin unter Angabe der Menge, des bezahlten Einkaufspreises und des Aufbewahrungsortes unverzüglich anzuzeigen. Die Anzeige hat durch eingeschriebenen Brief, wenn möglich auf einem vom Kriegsausschuß vorgeschriebenen Vordruck zu erfolgen.

Als Einführender im Sinne dieser Bestimmungen gilt, wer nach Eingang der Ware im Inlande zur Verfügung über sie für eigene oder fremde Rechnung berechtigt ist. Befindet sich der Verfügungsberechtigte nicht im Inlande, so tritt an seine Stelle der Empfänger.

§ 2. Wer aus dem Auslande pflanzliche oder tierische Öle und Fette oder Seifen einführt, hat sie an den Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette zu liefern. Er hat sie bis zur Abnahme durch den Kriegsausschuß mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns zu behandeln, in handelsüblicher Weise zu verpacken und auf Veranlassung zu verladen. Er hat sie auf Verlangen des Kriegsausschusses an einem von diesem zu bestimmenden Orte zur Besichtigung zu stellen oder Proben einzusenden.

Der Kriegsausschuß hat sich unverzüglich nach Empfang der Anzeige oder nach der Besichtigung oder nach Empfang der Probe (§ 1) zu erklären, ob er die Öle, Fette oder Seifen übernehmen will.

§ 3. Der Kriegsausschuß setzt für die von ihm übernommenen Stoffe den Uebernahmepreis fest.

Ist der Verpflichtete mit diesem Preise nicht einverstanden, so setzt eine Kommission den Preis endgültig fest; diese bestimmt auch, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat.

Der Reichskanzler ernannt den Vorsitzenden der Kommission, ihre Mitglieder und Stellvertreter. Die Kommission entscheidet in einer Besetzung von fünf Mitgliedern, von welcher mindestens zwei dem Fachhandel angehören müssen.

Der Reichskanzler kann nähere Bestimmungen über die Zusammenfassung und das Verfahren der Kommission erlassen und allgemeine Grundsätze aufstellen, die bei den Entscheidungen zu befolgen sind.

\*) Kreisblatt Nr. 23.

§ 4. Der Verpflichtete hat ohne Rücksicht auf die endgültige Festsetzung des Preises zu liefern, der Kriegsausschuß vorläufig den von ihm festgesetzten Preis zu zahlen.

Erfolgt die Ueberlassung nicht freiwillig, so wird das Eigentum auf Antrag des Kriegsausschusses durch Anordnung der zuständigen Behörde auf ihn oder die von ihm in dem Antrag bezeichnete Person übertragen. Die Anordnung ist an den zur Ueberlassung Verpflichteten zu richten. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung ihm zugeht.

§ 5. Die Abnahme soll auf Verlangen des Verpflichteten spätestens innerhalb 14 Tagen von dem Tage ab erfolgen, an welchem der Gesellschaft das Verlangen zugeht. Erfolgt die Abnahme innerhalb der Frist nicht, so geht die Gefahr des zufälligen Unterganges und der zufälligen Verschlechterung auf den Kriegsausschuß über.

Die Zahlung erfolgt spätestens 14 Tage nach Abnahme. Für freitige Meßbeträge beginnt die Frist mit dem Tage, an dem die Entscheidung der Kommission dem Kriegsausschuß zugeht.

§ 6. Die höhere Verwaltungsbehörde entscheidet endgültig alle Streitigkeiten, die sich zwischen den Beteiligten über die Lieferung, Aufbewahrung, Verfrachtung und den Eigentumsübergang ergeben, soweit nicht nach § 3 die Kommission zuständig ist.

§ 7. Ausgenommen von den Vorschriften dieser Verordnung sind geringfügige Mengen, die als Reiseproviant oder im Grenzverkehr aus dem Auslande eingeführt werden, sofern die Einfuhr nicht zu Handelszwecken erfolgt.

§ 8. Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als höhere Verwaltungsbehörde und als zuständige Behörde im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

§ 9. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark wird bestraft, wer den Vorschriften im § 1 Abs. 1 Satz 1 oder im § 2 Abs. 1 dieser Bekanntmachung zuwiderhandelt.

Neben der Strafe können bei Zuwiderhandlung gegen die Anzeige- und Lieferungsverpflicht die Öle, Fette und Seifen, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 10. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung, der § 9 mit dem 12. März 1916 in Kraft.

Berlin, den 8. März 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,  
Deßbrück.

#### Bekanntmachung.

Auf Grund des § 8 der vom Reichskanzler am 8. März 1916 erlassenen Ausführungsbestimmungen — R.G.B. S. 151 — zur Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten, sowie Seifen vom 4. März 1916 bestimmen wir wie folgt:

Zuständige Behörde im Sinne von § 4 der Ausführungsbestimmungen ist das Kreisamt, höhere Verwaltungsbehörde im Sinne von § 6 der Provinzialausführung.

Darumadt, den 13. März 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.  
v. Hombergk.

Betr.: Maßnahmen zur Verminderung des Wildschadens; hier wilde Kaninchen.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und an die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Sollte in Ihrer Gemarkung oder den Ihnen polizeilich unterstellten Gemarkungen das Vorkommen von wilden Kaninchen festgestellt werden, wollen Sie dies uns mitteilen. Sie belieben sich mit den zuständigen Gr. Oberförstereien diesbezüglich in Verbindung zu setzen.

Gießen, den 20. März 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Langermann.

Betr.: Zählung der Leihpferde.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Unter Hinweis auf unser Ausschreiben vom 13. Januar d. J. (Kreisblatt Nr. 6) empfehlen wir Ihnen, falls sich Leihpferde in Ihrer Gemeinde befinden, dem Zentral-Pferde-Depot 6 in Darmstadt rechtzeitig die vorgeschriebene Anzeige zu erstatten.

Gießen, den 19. März 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Demmerde.

#### Bekanntmachung.

Betr.: Maul- und Klauenseuche im Kreise Bidingen.

Die Maul- und Klauenseuche in Lindheim ist erloschen. Gießen, den 19. März 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Demmerde.